

Deutsche Politiker im Größenwahn

Horst Teubert

Die Ansage war unmissverständlich. „Auf dem Weg zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit“ müsse Deutschland nun endlich schneller voranschreiten, rief Bundespräsident Joachim Gauck den Teilnehmern der Münchner Sicherheitskonferenz und dem breiten Medienpublikum zu. Man bemühe sich ja schon, betätige sich innerhalb der EU, sei weltweit entwicklungspolitisch und an der einen oder anderen Stelle auch militärisch aktiv. Doch wer „die kleinsten Schritte für die besten“ halte, werde „kaum mithalten können mit dem rasanten Wandel der Bedrohungen“. Deutschland müsse endlich „entschlossener weitergehen“, um den weltweiten „Ordnungsrahmen“ in Zukunft „aufrechtzuerhalten und zu formen“. Dazu „kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein“, erklärte Gauck. Seinem Drängen sekundierten in München der Bundesaußenminister und die Verteidigungsministerin. Deutschland sei „zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“, ließ sich Frank-Walter Steinmeier vernehmen; Ursula von der Leyen befand, „Gleichgültigkeit“ sei „für ein Land wie Deutschland keine Option“. Als wenn ein Staat, der zurzeit mit 5.000 Soldaten in elf Ländern auf drei Kontinenten operiert und einen mächtigen Block – die EU – dominiert, gleichgültig an der Außenlinie stünde. Doch Berlin will offenbar mehr.

Diese neue weltpolitische Offensive der Bundesrepublik kommt zu einem Zeitpunkt, der aus machtpolitischer Perspektive kaum günstiger sein könnte. Die Vereinigten Staaten wenden sich nach Asien, stellen die Rivalität mit China ins Zentrum ihrer künftigen Weltpolitik. Die Konzentration auf das „pazifische Jahrhundert“, das die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton Ende 2011 offiziell ausgerufen hat, erzwingt eine Verlagerung der Kräfte, weg von den alten Kampf- und Kriegsschauplätzen der zu Ende gehenden atlantischen Ära. Der Abzug aus dem Irak, der Rückzug aus der afghanischen Fläche, im Libyenkrieg „leading from behind“, der Versuch, den Irankonflikt beizulegen – all dies schafft den USA Kapazitäten für Asien. Zugleich öffnen sich damit in Nah- und Mittelost und in Afrika

neue Aktionsfelder für den bisherigen Juniorpartner, der seine machtpolitischen Fähigkeiten nun beweisen darf – und der sich, sollte er erfolgreich sein, gewiss nicht mehr als „Junior“, sondern „auf Augenhöhe“ behandeln lassen wird. Gleichzeitig haben sich die Verhältnisse in der EU in den vergangenen Jahren geklärt: Deutschland dominiert; Frankreichs Präsident François Hollande hat zu Jahresbeginn mit seiner Ankündigung, den deutschen Austeritätsmodellen loyal zu folgen, in aller Öffentlichkeit die Segel gestrichen. Wer mit der EU deutsche Weltpolitik betreiben will, muss wohl zu dem Schluss kommen: Wann, wenn nicht jetzt?

Ob man aber überhaupt eine solch großenwahnsinnige Weltpolitik betreiben will, noch dazu unter Anwendung militärischer Gewalt – ernsthaft wird diese Frage nicht mehr gestellt. Dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe, gilt den politischen Eliten offenbar nicht als handlungsleitende historische Erkenntnis, sondern als historisch überholte Ansicht aus einer verblichenen Ära der deutschen Geschichte. „Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen“, rief der Bundespräsident in München dem Publikum zu. Kaum ein anderer Satz lässt die arrogante Selbstverliebtheit des deutschen Establishments klarer hervortreten als dieser. Die Berliner Dominanz in der EU treibt in Südeuropa inzwischen Menschen dazu, im Protest gegen die Spardiktate des „guten Deutschland“ dessen Flagge zu verbrennen. Die Bilanz der Militäreinsätze, die das „beste Deutschland“ bisher führte – immer wieder formal in Verbindung mit der UNO –, ist verheerend: in Afghanistan, wo tatsächlich „nichts gut ist“, im Kosovo, wo 15 Jahre nach dem „Befreiungskrieg“ Not und Elend herrschen, im bosnischen Protektorat, wo eine Revolte losgebrochen ist, oder im Südsudan, der den deutsch-amerikanischen Sezessionsstrategen inzwischen um die Ohren fliegt. Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Eigentlich läge es nahe, die verheerende Interventionspolitik endlich zu stoppen. Gaucks „gutes Deutschland“ weitet sie jetzt schon aus. Was wird noch kommen? 🌐

Erweitern Sie Ihren Horizont auf

/e-politik.de/

Das Onlinemagazin für Politik, Gesellschaft & Politikwissenschaft.